

Rechtspopulismus in der „marktkonformen Demokratie“

Sebastian Reinfeldt erläutert, warum rechtspopulistische Parteien und Bewegungen Krisenerscheinungen der politischen Repräsentation sind.

Sebastian Reinfeldt, „Wir für Euch“. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise (d.i. Band 33 der Edition de Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung), Münster: Unrast-Verlag, 2013.

Von Martin G. Maier.

Auf der Giebelseite einer Hauswand ist ein überdimensionales Wahlplakat angebracht, das teilweise überklebt und in antirassistischer Absicht neu beschriftet wurde. *Soziale Sicherheit für unsere Leut'* stand einst zu lesen. Und: *Sie sind gegen IHN. Weil ER für EUCH ist.* Schon lange ein Klassiker der etablierten rechten Kraft in Österreich, der FPÖ, ist dieser Slogan nach Jörg Haiders Parteiaustritt 2005 vom derzeitigen Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache übernommen worden. Was hat es auf sich mit dieser Ansammlung von Pronomina? Wer wird hier gegen wen ausgespielt? Was macht Slogan und Plakat gerade in Zeiten von Staatsschuldenkrisen und großem wirtschaftlichem Reformdruck so überaus beliebt? (Bei jener Nationalratswahl 2008, vor der die FPÖ dieses Plakat verbreiten ließ, erzielte sie zusammen mit ihrer Abspaltung BZÖ über 28% der Stimmen). Und nicht zuletzt: Wer soll sich dadurch angesprochen fühlen und warum?

Sebastian Reinfeldts diskursanalytische Studie über das Phänomen Rechtspopulismus (seinem Buch habe ich das eben beschriebene Coverbild entnommen), zieht eine Verbindungslinie zwischen dem Handeln der gegenüber dem Souverän

weitgehend verselbständigten Akteure wie Europäische Zentralbank, Troika etc. zur Bewältigung der Finanzkrise und den aktuellen rechten ‚Volksbewegungen‘. Letztere bezögen sich auf die vermeintlichen Handlungszwänge und sich alternativlos-dezisionistisch gebenden Institutionen, wenn sie deren autoritäre Krisenlösungen in eine gelungene Vertretung ‚des Volkes‘ (im Sinne von ethnos, nicht von demos) umzumünzen versuchten. *Politik sei wesentlich ein Kampf ums Überleben der Gemeinschaft, andere Nationen werden als potentiell feindlichen Konkurrent_innen wahrgenommen, die ‚uns‘ bedrohen, deshalb müssten ‚wir‘ stark, fit und vital werden – solche hier resümierten Krisendeutungen sind mit rechtspopulistischen Mustern durchsetzt bzw. diskurstaktisch spielend leicht in diese Richtung zu ‚drehen‘, so lautete das Resultat der empirischen Forschung.* (S. 8)

Als Bruchstellen demokratischer Politik benennt Reinfeldt die favorisierten **nationalen Lösungsoptionen für supranationale Problemlagen**, die mit diskursiven Zuschreibungen einhergehen, nach denen die angeblichen Verhaltensweisen und Wesenseigenschaften nationaler Kollektive (‚Pleitegriechen‘, ‚Faulenzer‘) zur Krise geführt hätten. *Obwohl rechtspopulistische Parteien zumeist ‚part of the game‘ sind, wird ihnen eine imaginäre Rebellion geglaubt, weil die Entgegensetzung **Nation versus Europa** mit möglichen Alltagserfahrungen korrespondiert, in denen die Leute ja weiterhin als Angehörige einer Nation behandelt und angerufen werden.* (S. 11) Darüber hinaus sind für den Autor politische Handlungsräume entdemokratisiert worden, weil das geeinte Europa auf jene *gerechte Wettbewerbsordnung der Freiheit* (Udo di Fabio) getrimmt wurde, die, wie er Wolfgang Fritz Haug zitierend feststellt, *nichts als eine Großraumordnung der Konkurrenz* (S. 67) darstelle, in der immer Gewinner und Verlierer produziert würden, deren Asymmetrien dann zu erneuten Forderungen nach Sozialabbau und noch mehr Wettbewerb führten.

Beides zusammengenommen führt Reinfeldt zu der These, *dass die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus politisch durch Bündnisse mit rechtspopulistischen Gruppierungen oder entsprechenden Strömungen abgesichert wird und dafür rhetorische Bezugnahmen und entsprechende politische Maßnahmen entwickelt werden.* (S. 20) Die damit einhergehenden Politikangebote und vorgeschlagenen

‚wirklichen Repräsentationen des Volkes‘ erwachsen für ihn mehr und mehr aus jenem Handlungs- und Entscheidungsdruck, der die immer mehr beschleunigten Souveränitätsakte nicht mehr in die üblichen politischen Kontrollmechanismen einbindet, sondern die Öffentlichkeit und damit auch den *demokratische[n] Souverän, zu bloß Zuschauenden einer Veranstaltung [werden lässt], die dennoch Demokratie genannt wird.* (S. 31)

Die rechtspopulistischen Deutungen der Krise unter dem Einfluss neoliberaler Austeritätskonzepte werden am Beispiel Deutschlands und Österreichs näher untersucht. Leider geht Reinfeldt aber zu wenig auf den Umstand ein, dass Rechtspopulismus auch innerhalb von Parteien eine Rolle spielt, die ihm ihre Erfolge nicht selten über einen längeren Zeitraum hinweg verdanken, der nicht nur durch Umbruchsituationen gekennzeichnet war. Das für eine ausführliche Diskursanalyse gewählte Beispiel *Team Stronach* auf Basis eines Interviews des ORF mit dessen patriarchaler Gründerfigur, dem austro-kanadischen Unternehmer Frank Stronach, zeigt zwar frappierend den Stellenwert der pauschalisierenden Medienkritik für den Rechtspopulismus, die auch bei aktuellen Erscheinungen wie Pegida („Lügenpresse!“) Anknüpfungspunkte für Selbstermächtigungsphantasien bildet, in deren Furor behauptet wird, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein. Jedoch lässt die durch die ausgewählte Fallstudie erzeugte thematische Engführung auf den *wirtschaftlichen Erfolg, der ihm [Frank Stronach; MGM] das Recht verleihen würde, öffentlich zu sprechen und zu agieren* (S. 94), leicht übersehen, dass der Aufstieg eines paternalistisch geführten Großkonzerns nicht unbedingt die Identifikationsfolie für die deklassierten Bevölkerungsschichten darstellen dürfte – im Gegensatz zum oben vorgestellten Wahlplakat der FPÖ, das soziale Sicherheit für alle Österreicher verspricht.

Plausibel beantwortet Reinfeldt die Frage nach der adäquaten Ansprache der Repräsentierten, die der Rechtspopulismus als ‚die Seinen‘ anrufen möchte, indem er das dazugehörige Diskursmuster analysiert. Sie würden in der *Infrastruktur eines populistischen Diskurses* (S. 51) als diejenigen fungieren, die von **denen-da-oben** falsch vertreten bzw. schlecht regiert würden. In Anlehnung an eine semiotische

Figur von Algirdas Greimas wird ein *populistisches Viereck* (S. 50) konstruiert, das jene doppelte Frontstellung verdeutlicht, die seinen Volksbegriff konstituiert. So stehen sich nicht nur die *Die-da-oben* (die unzureichend ‚das Volk‘ repräsentierenden Politiker) und *Nicht-die-da* (die überwältigende Mehrheit, im österreichischen Idiom: ‚die Unsern‘) auf einer Querachse gegenüber, sondern es wird eine zweite Traverse eingezeichnet, die ein ‚Wir‘ (fleißige, tüchtige Bürger und Steuerzahler) einem ‚Nicht-Wir‘ konfrontiert (Fremde, Moslems, ‚Sozialschmarotzer‘) (S. 50). Um eine entsprechende Wir-Gruppe zu schaffen, müssen also entsprechende Sichtweisen auf die drei anderen Gruppen aufgerufen und im politischen Diskurs etabliert werden. Dieses Skript lässt sich anhand von Reinfeldts Text etwa an einem Zitat des AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke rekonstruieren, der sich hier über Transferzahlungen zwischen nördlichen und südlichen Ländern der EU und die mangelnde Produktivität letzterer auslässt: *Wenn die Menschen in diesen Ländern [Nicht-Wir] weniger und entspannter arbeiten wollen und dafür weniger Wohlstand [Wir haben uns den Wohlstand selbst erarbeitet!] in Kauf nehmen, bitte schön. Das eigene Glück zu verfolgen ist doch ein elementares Recht jedes Volks. Wenn wir Deutschen andere Länder respektieren wollen [die Nicht-die-da leben anders, aber Die-da-oben respektieren diese Differenz nicht], sollten wir ihnen zugestehen, wieder so zu leben, wie sie es wollen.* (S. 57; meine Einschübe: MGM)

Die Konjunkturen der jeweiligen Feinderklärung (mal sind es Türken, mal ‚Asylanten‘, genderkritische Sexualkundeführer, Südländer, Journalisten, Muslime...) machen den **Rechtspopulismus zum Gegenstand der Ideengeschichte**, auch und gerade weil sich die Grundmuster der biologisch-kulturellen Konstruktion von Gegensätzen zwischen ‚Wir‘ und ‚Nicht-Wir‘ gleichen und die jeweils geforderten Neuordnungen der politischen Repräsentation, ihre Authentisierungen, einander ähnlich sind.

Über sein zentrales Anliegen, die autoritäre Krisenbewirtschaftung der dominanten EU-Staaten als bereits prä-dezisionistischen und rechtspopulistisch nur noch angeheizten *Kampf der eigentlich Stärkeren gegen die Schwächeren* (S. 127) darzustellen, gelangt Reinfeldt schließlich zur generellen Problematik gelingender Vertretung in der parlamentarischen Demokratie. Sie wird anhand von Foucaults

Studien zur Gouvernementalität historisch fundiert. Die in jede Repräsentation eingeschriebene Übertragung, *wonach diese Frau oder dieser Mann, die oder den ‚wir‘ gewählt haben, uns im fernen Ort der Macht repräsentiert, weil wir ihr/ihm ‚unsere Stimme‘ gegeben, also übertragen haben* (S. 133) ist, wie er im abschließenden Kapitel zu den *Formen marktkonformer Demokratie* feststellt, längst an ein Ende gelangt. Nicht nur weil die Milieubindung, die den österreichischen Bauern auf die ÖVP und den Kumpel im Ruhrgebiet auf die Sozialdemokratie vertrauen ließ, verloren gegangen ist, sondern weil – wie Reinfeldt im Anschluss an Michel Foucault feststellt – schon im älteren Ordo-Liberalismus der Nachkriegszeit ein *‚Dispositiv der Unsicherheit‘* (S. 136) entstanden ist, eine *‚Kultur der Gefahr‘* (S. 136) sich nach und nach als angstbesetzter Gegenpol zur neuen Freiheit der Marktsubjekte etablieren konnte. Diese Angst benutzt der Rechtspopulismus, um sie ins diskursive Außen zu projizieren und die **‚fremden‘** Urheber jener Bedrohungen präsentieren zu können, die der eigenen Identität und dem geschützten Privatleben, das ständig dem Druck der Selbstoptimierung und Flexibilisierung ausgesetzt wird, entgegenstehen. Nur **‚Wir für Euch‘** können, so das rechtspopulistische Narrativ, die derart verunsicherten Subjekte noch schützen.

Martin G. Maier M.A. ist Politologe und Mitarbeiter am Projekt „Wissensgeschichte der Politologie“ bei Portal Ideengeschichte, derzeit Promotion über Konservatismus nach 1968.